

Ausgabe 3 / 04. Oktober 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe engagierte Betriebsratsmitglieder,

wie „Gute Arbeit“ gelebt und Digitalisierung auch im ländlichen Raum besser verwirklicht werden kann, wurde in zwei Veranstaltungen in Kempten diskutiert.

Es tut sich viel rund um Arbeit im Bundesrat und im Deutschen Bundestag, dazu finden Sie am Ende Informationen.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Herzlichst

Ilona Deckwerth, MdL

Bayern – Modell für Gute Arbeit?

Kann das Land Bayern ein Modell für Gute Arbeit sein? Dieser Frage gingen der frühere Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, Klaus Barthel, und der Ostallgäuer AfA-Vorsitzende und frühere Betriebsratsvorsitzende Hans Trübenbach aus Roßhaupten bei einer Veranstaltung der SPD Durach auf den Grund. MdL Ilona Deckwerth, die vor ihrer Zeit als Landtagsabgeordnete selbst Personalratsmitglied im Bereich Förderschulen in Schwaben gewesen war und weiter aktive Gewerkschaftlerin ist, lud dazu zusammen mit dem SPD-Ortsverein in den Gasthof Schwanen nach Durach ein. Interessierte aus vielen Bereichen füllten die Gaststube: Berufstätige und RentnerInnen, VertreterInnen mehrerer DGB-Gewerkschaften und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung KAB. Sie alle wollten darüber informiert werden und mitdiskutieren, wie in Bayern die Situation auf dem Arbeitsmarkt aussieht, und die Rahmenbedingungen für ein gutes Beschäftigungsverhältnis gestaltet sein müssen.

Deckwerth eröffnete den Abend mit einigen Schlaglichtern:

- der aktuelle Arbeitsmarkt in Bayern stelle sich auf dem ersten Blick hervorragend dar und nähere sich der Vollbeschäftigung, aber
- die Zahl atypischer, anders gesagt, prekärer Arbeitsverhältnisse (Befristungen, unfreiwillige Teilzeit, Leiharbeit, Werksverträge, Lohndumping) habe sich bundesweit in den letzten zehn Jahren auf 7,7 Millionen verdreifacht, das gilt auch für Bayern



JETZT SCHON BEWERBEN

**Deutscher Betriebsräte-Preis
sucht Bewerbungen für 2019**

Der Deutsche Betriebsräte-Preis ist eine Auszeichnung, die unter der Schirmherrschaft des Bundesarbeitsministers läuft, und smarte, innovative Lösungen aus der praktischen Betriebsratsarbeit ehrt. Deutschlandweit können Betriebsräte ihre Best Practice Beispiele einreichen. Bewerbungsschluss ist der 30. April 2019, es werden jetzt schon Bewerbungen angenommen.

Mehr Informationen unter:
www.betriebsraetetag.de

- immer mehr Menschen könnten von ihrem Arbeitseinkommen alleine nicht mehr leben und beziehen staatliche Hilfen wie z.B. Aufstockerlöhne
- die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung sei dreimal so hoch wie der sonstige Durchschnitt

„Wir erleben eine dramatische Zunahme von Beschäftigten, die trotz Erwerbstätigkeit in Vollzeit kaum das Nötigste zum Leben verdienen und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. 40 Prozent der ArbeitnehmerInnen haben seit 1990 keinen realen Lohnzuwachs verzeichnen können und sind damit faktisch von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt“.

Hans Trübenbach sprach über die Gefahren und Auswirkungen indirekter Steuerung in der Arbeitswelt. Scheinbar freie und eigenverantwortliche ArbeitnehmerInnen identifizieren sich so sehr mit ihren Aufgaben, dass sie den eigenen Schutz aufgeben. Kein Arbeitszeitgesetz könne sie daran hindern, sich über gesetzliche Arbeitszeit- und Schutzregelungen hinwegzusetzen, um die anvisierten Unternehmensziele zu erreichen. Hier bedürfe es starker Betriebsräte, die für die Beschäftigten eintreten, aber auch einer präsenteren und durchsetzungsstarken Gewerbeaufsicht, um diese Auswüchse einzudämmen und die Beschäftigten besser zu schützen.



v.l.n.r. Klaus Barthel (MdB a.D.), MdL Ilona Deckwerth, Thomas Wilhelm (hinten), Heidi Liebherr und Hans Trübenbach (Foto: Afa)

Klaus Barthel kritisierte die Veränderungen in den Eigentümerstrukturen der Unternehmen, bei denen Investoren nur noch nach maximalen Gewinnstreben handeln. Betriebsräte würden gezielt bekämpft. Eine Machtverschiebung zu Lasten der Beschäftigten sei die Folge. Er forderte eine bessere und wirkungsvollere Kontrolle der Umsetzung der Gesetze. Dafür müsse das Personal der Gewerbeaufsicht deutlich aufgestockt werden. Bayern müsse auch schleunigst ein Gesetz für öffentliche Vergaben auf den Weg bringen, bei dem Firmen, die Tarifverträge anwenden, positiv bewertet werden. Ebenso fehle ein Weiterbildungsgesetz, damit interessierte Beschäftigte sich nach ihren Vorstellungen beruflich weiterbilden können. „Die bayerische Verfassung muss beachtet werden, denn Tarifverträge und Betriebsräte sind ein wichtiger Standortvorteil für die Unternehmen“, stellte Klaus Barthel fest.

Die anschließende Diskussion brachte weitere Aspekte zu Tage, etwa die Rolle der Mitbestimmung von Betriebsräten oder die Auswirkungen des Mindestlohns. Einig waren sich die Anwesenden, dass das Thema Arbeit und soziale Gerechtigkeit wieder zu einem zentralen Thema und die Kultur der Solidarität wieder erlernt werden müsse. (up)

Herausforderung Digitalisierung

Podiumsdiskussion mit Lars Klingbeil, MdB, sowie Klaus Fischer, Allgäu GmbH, mit Besichtigung des Digitalen Gründerzentrums in Kempten

Wo früher Fäden gesponnen wurden, ist heute in der alten Spinnerei und Weberei in Kempten der Ort, wo neue Ideen gesponnen und umgesetzt werden. Auf Einladung von Ilona Deckwerth, MdL, trafen im Digitalen Gründerzentrum verschiedene Gründer mit dem SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil,

MdB, zusammen. Klaus Fischer, Geschäftsführer von der Allgäu GmbH, begrüßte die Startups und auswärtigen Gäste, welche zur Besichtigung und anschließenden Diskussion mit Klingbeil und Fischer unter der Moderation von Ilona Deckwerth gekommen waren.

Klingbeil, der im Deutschen Bundestag auch im Ausschuss Digitales aktiv ist,

sieht Digitalisierung als gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Diese beginne mit einer Schulbildung, in der Computerräume exzellent ausgestattet und genutzt werden. Sie ginge weiter damit, dass Digitalisierung genauso in Städten wie auch im ländlichen Raum vonstattengehen solle – und zwar mit Glasfaserverbindungen fürs Internet. Daher sei es auch eine bundespolitische Aufgabe, die optimalen Rahmenbedingungen für ein rasches Wachstum und Offenheit für Digitalisierung und alle Produkte sowie Dienstleistungen darum zu schaffen. Klingbeil forderte, den Fleckenteppich der Zuständigkeiten in der Bundesregierung und den Ministerien in ein Bundesministerium für Digitalisierung zusammen zu fassen. Insgesamt aber überwögen die Chancen die Risiken, beurteilte er die Entwicklung der Digitalisierung.

Fischer kritisierte, dass die Förderprogramme von Bund und Land zu langsam aufgelegt wurden und auch die Umsetzung nicht schnell genug ginge. Der Schwenk von der Technologie Vectoring hin zur Glasfaser habe viel Zeit gekostet und der ländliche Raum sei wirklich in Sachen Internet nicht gut genug erschlossen.

Deckwerth wandte ein, dass die Teilhabe an der Digitalisierung nicht allein eine Frage des Ausbaus der Netzwerke sei, sondern auch deren Handhabung betreffe. Viele Menschen können diese neue Technik nicht ausreichend anwenden und werden dadurch in immer mehr Alltagssituationen, etwa beim Bedienen von Automaten, ausgeschlossen. Barrierefreiheit müsse daher auch für die Digitalisierung zwingend mitgedacht werden.

Klingbeil führte aus, dass Internetausbau und überhaupt auch der Zugang dazu, im Jahr 2020 auf Bundesebene überprüft würde. Wenn das Ergebnis ungenügend sei, könnte Internetzugang bundesweit als Universaldienstleistung (wie Infrastruktur oder Wasser) mit einem Rechtsanspruch verbunden werden.

Der Faszination „Künstliche Intelligenz“ (KI) war keiner der Diskutanten erlegen. Es sei sehr wichtig, dass die deutsche Wirtschaft nicht gegenüber China und den USA ins Hintertreffen gerate. Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte ein KI-Investment von 1,5 Mrd Euro angekündigt, dagegen wolle China bis 2025 rund 50 Mrd Euro investieren. Wenn Deutschland nicht aktiv durch Staat und Privatwirtschaft nachzöge, drohe es den KI-Wettkampf zu verlieren – und damit Arbeitsplätze und Wohlstand, zudem würden die Start-ups ins Ausland abwandern.



v.l.n.r.) Lars Klingbeil, MdB, Ilona Deckwerth, MdL und Klaus Fischer, Geschäftsführer der Allgäu GmbH, diskutierten über die Digitalisierung im ländlichen Raum.

Bundesrat kritisiert geplantes Teilhabechancengesetz

Der Bundesrat fordert Änderungen an dem geplanten Teilhabechancengesetz der Bundesregierung, mit dem Langzeitarbeitslose über Lohnkostenzuschüsse wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. In seiner am 21. September 2018 beschlossenen Stellungnahme hält er es für verfehlt, dass das geplante Instrument "Teilhabe am Arbeitsmarkt" erst nach sieben Jahren Arbeitslosigkeit gelten soll. (Textnachweis: Bundesrat)

Mehr über die Aufforderung zur gesetzlichen Regelung hier nachlesen:

https://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/970/erl/24.pdf;jsessionid=AF1D0BA2BDF255BE445ADE8D363EC44C.2_cid391?_blob=publicationFile&v=1

Plenarprotokoll der Bundestagssitzung vom 21.09.2018: https://www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/plenarprotokolle/2018/Plenarprotokoll-970.pdf?_blob=publicationFile&v=2

Experten plädieren beim Deutschen Bundestag für Mindestlohnkommission

Über die Höhe des Mindestlohns sollte auch in Zukunft die Mindestlohnkommission entscheiden. Darin waren sich die geladenen Sachverständigen in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales unter Vorsitz von Dr. Matthias Bartke (SPD) am Montag, 24. September 2018, einig. Ebenso relative Einigkeit herrschte in der Auffassung, dass der Mindestlohn in seiner derzeitigen Form Armut nicht verhindert. (Textnachweis: Deutscher Bundestag)

Mehr dazu auf den Seiten des Deutschen Bundestages lesen und Videobeitrag ansehen:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw39-pa-arbeit-soziales-mindestlohn/567978>

Zu guter Letzt

Ihr und Euer Feedback sind mir sehr wichtig – wenn Sie und Ihr konstruktive Kritik oder Anregungen zum Betriebsrat Bulletin habt, freue ich mich auf Ihre und Eure Nachricht an info@ilona-deckwerth.de (bitte im Betreff Betriebsrat Bulletin angeben).

Impressum

Redaktion: Ilona Deckwerth, Ulrike Propach
V.i.S.d.P. Ilona Deckwerth, MdL
Königstr. 2, 87435 Kempten, info@ilona-deckwerth.de

Hinweis zum Datenschutz: Sie erhalten diesen Newsletter aufgrund der Zugehörigkeit eines Betriebsrates oder einer Gewerkschaft. Wir nehmen Sie / Ihre Organisation jederzeit aus dem Verteiler, wenn Sie uns dies mit einer kurzen Nachricht wissen lassen. Ihre Daten werden gemäß Vorgaben DSGVO und Bundesdatenschutzgesetz verarbeitet und für diesen Zweck gespeichert.